

Basierend auf Redetext von Wolfgang Nick,

Kundgebung 8.8.2020, Erlangen, Schlossplatz

Liebe Friedensfreunde,

wir sind hier, weil vor 75 Jahren Hiroshima am 6. August 1945 mit einer Atombombe in Schutt und Asche gelegt worden ist, und drei Tage später Nagasaki.

Hunderttausende von Menschen kamen ums Leben.

Hiroshima mahnt uns zu fragen, wie es heute und hier in Deutschland mit der **Atomkriegsgefahr** aussieht. Auch in Deutschland sind Atomwaffen stationiert, immer noch, und zwar auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in der Eifel. Es sind 20 US-amerikanische Flugzeugbomben, die im Kriegsfall von deutschen Piloten mit deutschen Tornado-Kampfflugzeugen transportiert und gezündet werden. Das ist die sogenannte „**Nukleare Teilhabe**“. Dies ist nach unserer Ansicht völkerrechtswidrig, da sich Deutschland mit dem Atomwaffensperrvertrag verpflichtet hat, unter keinen Umständen die Verfügung über Atomwaffen von irgendwem anzunehmen, weder mittelbar noch unmittelbar.

Von diesen 20 Atombomben in Deutschland geht zunehmende Kriegsgefahr aus: sie sollen, wie es so schön heißt, „**modernisiert**“ werden.

Aber: sie werden eine moderne Elektronik bekommen, ihre Sprengkraft ist einstellbar, sie sollen eine variable Flugbahn fliegen können und präzise ins Ziel gesteuert werden können, gesteuert durch GPS. Sie sollen auch die Fähigkeit verfügen, einige Meter in den Boden einzudringen und dann erst die atomare Detonation auszulösen, um so auch gehärtete Ziele wie Bunkeranlagen zerstören zu können. All diese neuen Eigenschaften klingen positiv für Atomkriegsplaner. Uns aber sagen sie, dass dies keine „Abschreckungswaffen“ sind, sondern dass es sich um flexibel einsetzbare, „smarte“ atomare Kriegsführungswaffen handelt. Also nicht wie bisher reine Fallbomben, sondern Bomben mit völlig neuen Eigenschaften.

Solche Waffen in kurzer Entfernung zum Gegner steigern die Atomkriegsgefahr ganz deutlich! Wir fordern deshalb:

Keine „Modernisierung“ der Atombomben in Büchel und natürlich auch keine neuen Atombomber anstelle der Tornado-Kampffjets, wie sie unsere Militärministerin AKK kürzlich im Schatten der Corona-Pandemie bestellen wollte.

Als „**Bewohner des atomaren Schlachtfeldes**“ **fordern** wir den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland. Ein **Bundestagsbeschluss 2010** über alle Parteien hinweg unter der damaligen CDU-FDP Regierung lautet, dass diese US-Atombomben aus Deutschland abgezogen werden. Dieser Bundestagsbeschluss ist leider nicht umgesetzt worden. **Warum war das damals möglich und heute nicht?**

Was ist nötig? Was können wir tun?

Erstens: Deutschland braucht **eine andere Politik**. Die gefährliche Konfrontation kann nur gemeinsam mit dem angeblich „bösen“ Gegner überwunden werden. **Der Übergang zu einer Entspannungspolitik ist notwendig**, so wie dies in den 70er Jahren auf dem Höhepunkt des kalten Krieges möglich war! Damals wurde die

Grundlage für die Überwindung der Ost-West Konfrontation und für die friedliche Vereinigung Deutschlands gelegt. Eine wichtige Rolle spielte dabei die KSZE, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Ihre Nachfolgeorganisation OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, muss wieder eine maßgebliche Rolle spielen für vertrauensbildende Maßnahmen und die Verbesserung der Beziehungen zu Russland!

Zweitens: Deutschland muss endlich dem **Atomwaffen-Verbotsvertrag beitreten**, der seit 3 Jahren bei den Vereinten Nationen zur Unterschrift ausliegt. Dieser Vertrag verbietet u.a. Produktion, Test, Erwerb Stationierung und den Einsatz von Kernwaffen. Dieser Vertrag wurde von der UN-Vollversammlung 2017 mit 2/3-Mehrheit angenommen! Dem restlichen Drittel der Staaten, die den Vertrag ablehnen, gehören fast alle NATO-Staaten dazu, inklusive Deutschland und alle 9 Atommächte weltweit. Das plumpe Argument ist, wenn die Atommächte nicht beteiligt sind, ist so ein Vertrag sinnlos! Das Gutachten des Internationalen Gerichtshofes von 1996, daß die Drohung und der Einsatz von Atomwaffen völkerrechtswidrig ist, wird ignoriert.

Das Verhalten der Bundesregierung ist beschämend! Für eine Bundesregierung, die immer wieder das Ziel der atomaren Abrüstung betont, müsste die Unterzeichnung eigentlich selbstverständlich sein! Aber die Realität ist, dass Deutschland sich geweigert hat, an der Aushandlung des Vertrages 2016 und 2017 von ca. 130 Staaten in verschiedenen Arbeitssitzungen teilzunehmen. Ein Lob an Österreich, das das Zustandekommen des Vertrages maßgeblich forciert hat.

Die Bundesregierung muss den Atomwaffensperrvertrag endlich unterzeichnen und dann die Ratifikation durch den Bundestag einleiten! Weltweit haben bereits 40 Staaten ratifiziert., damit fehlen nur noch 10 Staaten für das völkerrechtliche Inkrafttreten. Je mehr Staaten den Vertrag ratifizieren, desto mehr kommen die Atommächte und die Nato-Staaten unter Druck ebenfalls umzuschwenken.

Das Verhalten der Bundesregierung und der momentanen Mehrheit der Bundestagsabgeordneten ist in krassem **Widerspruch zur Haltung der deutschen Bevölkerung**. Nach einer **aktuellen Umfrage** im Auftrag von Greenpeace Anfang Juli 2020 befürworten 92 % aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages! Auch gibt es eine deutliche Mehrheit von insgesamt 78 % gegen den Kauf neuer atomwaffenfähigen Kampffjets anstelle der Tornados, und das parteiübergreifend! Selbst bei den Unionsanhängerinnen und -anhängern sprechen sich 80 % gegen den Kauf aus!

Die Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis vor 75 Jahren mahnt uns:..Lasst uns alle aktiv für folgende Forderungen eintreten:

- Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages
- Die Beendigung der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland
- Den Abzug der US-amerikanischen Atombomben aus Deutschland
- Gegen den Kauf von neuen Atombombern

Hinweise auf U-Listen an den Tischen und Aktionskarten an MdB!!!!

Danke!

Manfred Diebold, 8.8.2020